

Frau & Politik

Magazin der Frauen Union der CDU Deutschlands

FU!

Ausgabe 4/2017 · 63. Jahrgang G2977



**Gut
regieren**

CDU

Auf den Punkt gebracht	2
Schwerpunkt	
Stark in den Ländern	
Der saarländische Weg	5
Jamaika im Norden	7
NRW zurück an die Spitze	8
Bundesdelegiertentag	
#DressforSuccess	10
Frau im Gespräch	
Mechthild Heil	12
Frau & Info	13
Impressum	13
Frau vor Ort	
Tag der Frauen Union	14
Frau & Buch	14



Liebe Frauen,

Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Union haben – trotz deutlicher und schmerzhafter Einbußen – von den Wählerinnen und Wählern am 24. September 2017 wieder einen klaren Regierungsauftrag erhalten. Bei aller Enttäuschung über das Wahlergebnis: Wir sind die mit großem Abstand stärkste Kraft im Deutschen Bundestag und stehen in der Verantwortung, eine gute und stabile Regierung zu bilden. Das ist Verpflichtung und Herausforderung zugleich. Gerade in einer möglichen Koalition aus CDU, CSU, FDP und Grünen ist es unsere Aufgabe, den Zusammenhalt von Familie und Gesellschaft zu stärken. Der Familien- und Sozialpolitik kommt deshalb eine besondere Bedeutung zu. Die Union hat hier die entscheidenden Weichenstellungen in Deutschland gesetzt. Dies muss auch künftig unser Anspruch für eine moderne christlich-demokratische Politik sein.

Bei der Analyse können wir festhalten: Frauen haben entscheidend zum Wahlsieg der Union beigetragen. Sie haben zu 36 Prozent ihr Kreuz bei CDU oder CSU gemacht. Das ist weit mehr als bei allen anderen Parteien. Zugleich ist die überproportionale Zustimmung der Frauen für die Union vom Wahlergebnis der Union insgesamt (plus 3 Prozentpunkte) größer als bei jeder anderen im Bundestag vertretenen Partei. Frauen haben in allen Altersgruppen stärker für die Union votiert als Männer. Überdurchschnittlich ist die Zustimmung in der Gruppe der Wählerinnen ab 45 Jahren und besonders hoch bei den über 60jährigen.

Im Gegensatz dazu fällt auf, dass die AfD gerade von Männern zwischen 25 und 59 Jahren gewählt wird. Sie ist die Partei der Arbeiter, Arbeitslosen, Unzufriedenen und Männer. Frauen wählten gerade einmal zu 9 Prozent die AfD. Die Umfragen zeigen, dass für die Wähler der AfD das Wahlmotiv „Enttäuschung“ entscheidend war. Das entscheidende Thema für die Wahl der AfD war für die Wähler, die in deren Augen ungelöste Flüchtlingsfrage. Die Wahlergebnisse in Westdeutschland und Ostdeutschland unterscheiden sich erheblich. Während die Union, SPD, Grüne und FDP im Westen erfolgreicher sind, werden im Osten stärker die Linke, AfD und Sonstige gewählt.

Noch bevor die Wahlergebnisse sorgfältig analysiert sind, haben bereits berufene Strategen gefordert, die Union müsse sich jetzt klar nach rechts bewegen. Diesen muss man jedoch die Wählerwanderung entgegen halten. Zwar sind etwa 980.000 Wählerinnen und Wähler der Union zur AfD gewandert, jedoch sind auch 1,3 Millionen zur FDP gezogen. Für deren Wähler waren sicher andere Aspekte maßgeblich. Gestärkt wurden die kleineren Parteien auch von dem bei Wählerinnen und Wählern verfestigten Eindruck, dass die Kanzlerfrage schon entschieden sei. 82 Prozent waren nach einer Analyse der Konrad-Adenauer-Stiftung unmittelbar vor der Wahl sicher, die Union und Angela Merkel würden gewinnen.

In der ersten Pressekonferenz nach der Wahl erinnerte Angela Merkel daran, dass sie von Anfang an gesagt habe, dass es ein schwieriger Wahlkampf werde. Herausforderungen durch illegale Migration und Probleme, beispielsweise bei der Ärzteversorgung in ländlichen Räumen, seien nicht gelöst, das habe zu Wählerwanderungen auch zur AfD geführt. Dadurch habe die Union Stimmen verloren. „Ich werde auch in Zukunft versuchen, nicht immer über die anderen zu sprechen, sondern die eigenen Hausaufgaben, die wir sehr gut sehen, zu machen“, verdeutlichte sie.

Jetzt heißt es nach vorne zu blicken. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich konstituiert und wir haben bereits eine Fraktionsspitze gewählt. Die Union hat 231 der 299 Direktmandate gewonnen. 15 Kolleginnen und Kollegen sind über die Liste eingezogen. Der Frauenanteil der neuen Bundestagsfraktion ist mehr als unbefriedigend: Mit 19,9 Prozent sind nur ein knappes Fünftel der Mitglieder Frauen. Die Entwicklung war abzusehen, dennoch kann uns dieser Rückschritt nicht ruhen lassen. In der voran gegangenen Wahlperiode hatten wir ein Viertel Frauen in der CDU/CSU-Fraktion (25,1 Prozent). Wir sind damit wieder auf den Stand nach den Wahlen 1998 zurückgefallen, nach denen auch nur ein Fünftel der Unionsabgeordneten weiblich waren. Auch in Niedersachsen sieht es nach der Wahl am 15. Oktober nicht besser aus: Nur 18 Prozent Frauen in der CDU-Fraktion.

Viele Kolleginnen, die ihre Arbeit fortsetzen wollten, haben den Sprung in den Bundestag nicht geschafft. Das bedauere ich persönlich sehr. Auch wegen der insgesamt geringeren Zahl der Mandate werden statt der 79 Frauen, die zuletzt der Fraktion angehörten, nur noch 49 Frauen von uns im Bundestag sein. Das sind 30 Frauen weniger, die ihre Erfahrung und Kompetenz einbringen und sich wechselseitig in ihren Anliegen stützen können! Diese aktuelle Entwicklung wirft strukturelle Fragen auf, wie die nach einer angemessenen Vertretung von Frauen im Parlament, der Nachhaltigkeit unserer Arbeit und einer längerfristigen Personalentwicklung. Anstrengende und spannungsgeladene Wochen liegen hinter uns, spannende vor uns.

Die Sondierungs- bzw. Koalitionsgespräche in Berlin laufen. Es liegt an uns, was wir daraus machen. Mir ist wichtig, dass wir als Union unseren Kompass im Auge behalten und unsere Versprechen für Frauen, Familien und in der Sozialpolitik einlösen, so etwa beim Kindergeld, dem Rechtsanspruch auf Betreuung im Grundschulalter oder in der Alterssicherung von Frauen. Nur so schaffen wir Vertrauen und nehmen den Sozialpopulisten am linken und rechten Rand des politischen Spektrums den Wind aus den Segeln. In bewegten Zeiten politischer Stabilitätsanker der Mitte für die Menschen in Deutschland und Europa zu sein, dafür haben die Wählerinnen und Wähler Angela Merkel und der Union den Regierungsauftrag gegeben.

Herzlichst,

Annette Widmann-Mauz

Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands



Gut regieren

Wochenlang stand die Bundestagswahl im Mittelpunkt der politischen Berichterstattung. Nach dem grandiosen Wahlerfolg der CDU im Saarland, den Regierungswechseln in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen schildern jetzt Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer und ihre Kollegen Ministerpräsident Daniel Günther und Ministerpräsident Armin Laschet ihre Vorhaben und Ziele.

Im Saarland stützt sich die Große Koalition auf eine Mehrheit von über 70 Prozent. Im Interesse der Eigenständigkeit und der Zukunftssicherung ist diese breite Mehrheit wichtig, um die Weichen richtig zu stellen.

In Schleswig-Holstein ist das Bündnis aus CDU, Grünen und FDP eine Koalition der Möglich-Macher, die sich Verantwortung fürs Land getraut haben.

Nordrhein-Westfalen wurde zuvor unter seinen Möglichkeiten regiert. Die Koalition aus CDU und FDP will mit den Themen Bildung, Innovationen, Arbeitsmarkt und Sicherheit das Land wieder zurück an die Spitze führen.



Foto: CDU Saar

Den Auftakt in das Wahljahr 2017 machte das Saarland. Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer ist Chefin einer Großen Koalition im Land.

Der saarländische Weg

Bei der Landtagswahl im März diesen Jahres haben über 70 Prozent der Wählerinnen und Wähler den Koalitionsparteien CDU und SPD ihre Stimme gegeben. Große Koalitionen sind kein Selbstzweck und sollten auch nicht die Regel sein. Sie sind aber vor allem dann sinnvoll, wenn es darum geht, wichtige, für das Land existenzielle Weichen zu stellen. 2012 haben wir begonnen, im Interesse der Eigenständigkeit und Zukunftssicherung des Saarlandes gemeinsam zu regieren. Wir mussten einen harten Sparkurs führen, ohne dabei jedoch die Attraktivität unseres Landes als Lebensraum und Wirtschaftsstandort zu gefährden. Jetzt bei den Wahlen im Frühjahr ging es darum, dieses Projekt auch in Zukunft dauerhaft abzusichern. Das bedeutet: Wir wollen dieses Land so fit machen, dass es in den vor uns liegenden Jahren nach 2020, wenn die Schuldenbremse in ganz Deutschland gilt, ein eigenständiges Bundesland bleiben kann.

Beide Koalitionspartner wissen: Die Vorgaben der Schuldenbremse umzusetzen, war und ist ein Kraftakt, doch wir sind auf einem guten Weg. Seit 2012 haben wir die Neuverschuldung bereits um 78 Prozent zurückgefahren. Dies war nicht immer einfach, weder für die Regierung, die harte, unliebsame Entscheidungen treffen musste, noch für die Menschen, die davon betroffen waren.

Kernelement unseres Haushaltssanierungskurses ist der Umbau der Landesverwaltung mit einem Stellenabbau von über 8 Prozent bis 2022. Damit die Arbeit im öffentlichen Dienst trotzdem attraktiv bleibt, haben wir gemeinsam mit den Gewerkschaften und Personalvertre-

tungen die einzelnen Reformschritte gestaltet. Die Betroffenen konnten selbst aktiv daran mitwirken und Vorschläge einbringen. Ein solcher Schulterschluss ist bisher einzigartig in Deutschland. Deshalb haben wir dies auch den „saarländischen Weg“ genannt, ein Weg, der bisher sehr erfolgreich ist.

Wir haben also gezeigt, dass wir es mit dem Sparen ernst meinen. Deshalb ist es uns auch gelungen, die Bundesländer-Finanzverhandlungen zu einem Erfolg zu führen und ab 2020 inklusive der Sanierungshilfen jährlich circa 500 Millionen Euro mehr für das Saarland zu bekommen – unerlässlich, um auch unseren Bürgerinnen und Bürgern im Saarland gleichartige Lebensverhältnisse, wie in anderen Teilen Deutschlands zu sichern.

Auch wenn jetzt noch zwei anstrengende Jahre vor uns liegen, werden wir mit diesem Ergebnis zum ersten Mal wieder die Chance haben, Schulden zurückzuführen und damit zugleich Spielräume im Haushalt haben, mit denen wir politisch gestalten können. Denn Sparen und Gestalten schließen sich nicht aus. Deshalb wird die Große Koalition aus CDU und SPD die neuen Handlungsspielräume ab 2020 nutzen für verstärkte Investitionen in die Zukunftssicherung unseres Landes.

Im Vordergrund stehen für uns dabei die Zukunftschancen junger Menschen. Hierzu gehört als erstes, dass Kinder für Familien keine allzu hohe finanzielle Belastung darstellen. Aus diesem Grund werden wir ab dem kommenden Jahr die Gebühren für Kitas und Kindergärten schrittweise senken um bis zu 25 Prozent zum Ende der



Foto: jampphotoof - AdobeStock

Legislaturperiode. Gleichzeitig werden wir im Schulwesen unseren Fokus auf die Steigerung der Unterrichtsqualität, insbesondere mit Blick auf die fortschreitende Digitalisierung, legen. Im Zuge einer umfassenden Frankreichstrategie werden unsere Kinder schon vom Kindergarten, über die Grundschule bis zum Abitur mit der Sprache unseres Nachbarlandes vertraut gemacht, um so die Chance auf Mehrsprachigkeit für die junge Generation im Saarland zu verbessern.

Bei der beruflichen Bildung werden wir nicht nur die Meisterausbildung finanziell stärker fördern und für eine möglichst weitgehende Durchlässigkeit hin zur akademischen Ausbildung sorgen. Wir werden zudem die grenzüberschreitende Berufsausbildung mit unseren französischen Nachbarn vorantreiben. Für junge Menschen diesseits und jenseits der Grenze muss in einem zusammenwachsenden Europa eine berufliche Perspektive im Nachbarland zur Selbstverständlichkeit werden.

Gleichzeitig werden wir unsere besonderen Kompetenzfelder an den Hochschulen ausbauen und erweitern. Den Schwerpunkt bildet dabei vor allem die Informatik, wo wir bereits heute u.a. mit dem Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) und dem bald in Gründung befindlichen Helmholtzzentrum für IT-Sicherheit, dem heutigen Center for IT-Security, Privacy and Accountability (CISPA) weltweit in der obersten Liga mitspielen.

Als stark exportorientierte Industrieregion setzen wir voll und ganz auf den digitalen Wandel im Zeitalter von Industrie 4.0. Dies betrifft nicht nur unsere Automobil-

und Automobilzuliefererindustrie, dies betrifft insbesondere auch den Mittelstand, dessen Modernisierung wir als Landesregierung aktiv flankieren werden, nicht zuletzt auch dadurch, dass wir bis 2018 eine flächendeckende Breitbandversorgung von mindestens 50 Megabit/Sek. bereitstellen werden.

Schließlich werden wir den neuen Herausforderungen im Bereich der Inneren Sicherheit entschlossen begegnen. Bereits im letzten Jahr konnten wir vor allem mit dem Einsatz spezieller Ermittlungsgruppen die Zahl der Wohnungseinbrüche und anderer Straftaten deutlich verringern. Künftig werden wir unsere Polizeiarbeit noch effektiver gestalten, in dem wir einem personell verstärkten Vollzugsdienst ein System von Assistenzkräften zur Seite stellen, die die Beamten beispielsweise von zeitraubenden Büroarbeiten entlasten und so eine hinreichende Präsenz in der Fläche gewährleisten. Verbessern werden wir auch die Ausstattung der Polizei ebenso wie die rechtlichen Möglichkeiten etwa zum verstärkten Einsatz der elektronischen Fußfessel, der Bodycams, die Videoüberwachung und der automatischen Kennzeichenerfassung.

Dies zeigt: Auch in Zeiten tiefgreifender Umbrüche und wachsender Verunsicherungen in der Gesellschaft kann seriöse Politik von den Wählerinnen und Wählern honoriert werden. Wir jedenfalls fühlen uns bestärkt, unseren saarländischen Weg fortzusetzen.

Annegret Kramp Karrenbauer MdL
ist Ministerpräsidentin des Saarlandes

Jamaika im Norden



Neue Dynamik für Schleswig-Holstein. Ministerpräsident Daniel Günther über seine Jamaika-Koalition.

Als ich im Juni meine erste Regierungserklärung halten durfte, da habe ich das Bündnis aus CDU, GRÜNEN und FDP als eine Koalition der Möglich-Macher beschrieben. Jamaika als ein neues Bündnis für mehr Dynamik im Land, für Wirtschaft und Umwelt im Einklang. Doch zunächst einmal war es eine Koalition derer, die über den eigenen Schatten gesprungen sind. Die sich Verantwortung im wahrsten Sinne des Wortes getraut haben.

Das war direkt nach der Landtagswahl am 7. Mai für viele so nicht vorstellbar. Und niemand hat es sich einfach gemacht. Da mussten so einige über ihren Schatten springen. Doch spätestens als die Unterhändler der Union wie selbstverständlich paritätisch mit Frauen und Männern in die Gespräche gingen, begannen Vorbehalte und Vorurteile zu schmelzen. Die Verhandlungen waren ein Prozess des Neuen-Kennens. Für alle Seiten.

Ich finde, dass sich die intensiven Verhandlungen gelohnt haben. Nicht nur, weil wir zeigen können, dass mit Jamaika neue Bündnisoptionen möglich sind – wenn man sie wirklich will. Sondern, weil nicht der kleinste gemeinsame Nenner herauskam.

Wir haben aus den Schnittmengen unserer unterschiedlichen Vorstellungen ein echtes gemeinsames Projekt entwickeln können, das zu uns nach Schleswig-Holstein passt: wo wir seit jeher aufgeschlossen sind für die erneuerbaren Energien; wo wir im Grenzland ganz selbstverständlich mit Minderheiten friedlich zusammen leben; wo die Menschen bodenständig und neugierig zugleich sind.

Vor diesem Hintergrund haben wir uns auf viele gemeinsame Ziele verständigt. Pläne, mit denen wir Schleswig-

Holstein gerecht, ökologisch und dynamisch gestalten werden. Die Wählerinnen und Wähler haben uns mit ihrem Votum auch genau dazu aufgefordert. Das Wahlergebnis sagt: Betretet politisches Neuland! Traut Euch! Darum musste jeder Jamaika-Partner sein politisches Navi auf eine neue Route ausrichten. Wir mussten ausgetretene Pfade verlassen. Mussten Brücken bauen und Wagnisse eingehen.

Schnell war klar: Bürgersinn, Freiheit und Demokratie sind der Werte-Kompass, den wir Christdemokraten mit Grünen und Freien Demokraten gemeinsam haben. Diese Werte verbinden und leiten uns. Für mich sind sie eine gute Basis, auf der wir jetzt die notwendige Modernisierung in Schleswig-Holstein entschlossen angehen können.

Denn Schleswig-Holstein braucht wieder mehr Dynamik, um das Land voranzubringen und um unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern und unsere Ressourcen zu schonen. Schleswig-Holstein soll ein Land bleiben, in dem die Menschen gerne leben und arbeiten: weltoffen, tolerant und demokratisch.

Ich will mit diesem Bündnis Verbesserungen in Bildung, in Sicherheit, in Infrastruktur, in Umweltschutz und Energie-wende, in Gesundheit und Verkehr. In vielen Bereichen müssen und wollen wir kräftig Tempo machen. Bei der Sanierung unserer Infrastruktur wollen wir richtig vorankommen.

Ich bin überzeugt: Die Jamaika-Koalition eröffnet Schleswig-Holstein die Chance darauf. Ich wünsche mir, dass wir diese Chance nutzen.

Daniel Günther MdL ist Ministerpräsident
von Schleswig-Holstein



Foto: Land NRW/R. Sondermann

Nordrhein-Westfalen zurück an die Spitze. Ministerpräsident Armin Laschet über die Herausforderungen der Nordrhein-Westfalen-Koalition aus CDU und FDP.

NRW zurück an die Spitze

Nordrhein-Westfalen ist mit rund 18 Millionen Einwohnern das bevölkerungsstärkste Bundesland und noch immer leistungs- und wirtschaftsstark. Doch die Jahrzehnte, in denen das Land gesellschaftlicher Impulsgeber und industrieller Motor der gesamten Republik war, sind längst vorbei. Nordrhein-Westfalen ist in den zurückliegenden Jahren im Vergleich zu anderen Bundesländern immer weiter zurückgefallen.

Rund hundert Tage im Amt, hat die neue nordrhein-westfälische Landesregierung bereits erste konkrete Schritte unternommen, um diese Entwicklung zu beenden und Nordrhein-Westfalen bei Bildung, Innovationen, Arbeitsmarkt und Sicherheit zurück an die Spitze der deutschen Länder zu führen.

Geleitet wird unsere Arbeit von dem Ziel, das Aufstiegsversprechen der sozialen Marktwirtschaft wieder wahr zu machen: Wer hart arbeitet und sich anstrengt, kann und wird in diesem Land aufsteigen. Als Sohn eines ehemaligen Bergmanns, der sich dank der vorausschauenden Bildungspolitik des früheren CDU-Kultusministers Paul Mikat zum Lehrer fortbilden konnte und sogar Schulleiter geworden ist, liegt mir dieses Ziel ganz besonders am Herzen.

Nordrhein-Westfalen wieder zum Land der Bildungschancen machen

Sozialer Aufstieg fängt bei den Kleinsten an. Kinder, die früh gefördert werden, haben es später in Schule und Beruf einfacher. In den Kitas wird somit der Grundstein für individuellen Aufstieg gelegt. Doch die

Kitas in Nordrhein-Westfalen standen wegen zu geringer finanzieller Mittel vor dem Kollaps. Deswegen haben wir als eine der ersten Amtshandlungen ein 500 Millionen Euro umfassendes Rettungspaket aufgelegt. Im nächsten Schritt wollen wir die Zahl der Betreuungsplätze ausbauen und die Qualität der Betreuung verbessern. Zudem muss das Angebot flexibler werden, beispielsweise hinsichtlich der Öffnungszeiten, und sich an den Lebensrealitäten der Familien orientieren.

Auch an den Schulen in Nordrhein-Westfalen sind die Baustellen groß, beispielsweise hinsichtlich des hohen Unterrichtsausfalls. Ihn zu bekämpfen ist eines unserer wichtigsten schulpolitischen Ziele. Dazu werden wir die Schulen mit einer Software ausstatten, um den tatsächlichen Unterrichtsausfall zu ermitteln. Anschließend werden wir ihn mit einer Vertretungsreserve entschieden bekämpfen.

Mit einer klaren Leitentscheidung für die generelle Rückkehr zum 9jährigen Abitur sorgen wir für klare Strukturen und Ruhe an unseren Schulen. Das Hin und Her der vergangenen Jahre wird beendet. Ab jetzt geht es um die Verbesserung der Qualität des Unterrichts.

Noch immer hängen Bildungschancen stark von der sozialen Herkunft der Kinder ab. Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, werden wir in sozialen Brennpunkten sogenannte Talentschulen einrichten, die zusätzliches Personal und eine bessere Ausstattung erhalten. Dadurch werden wir den Kindern dort bessere Aufstiegsperspektiven eröffnen.



Foto: Land NRW / R. Sonderrmann

Familien in Nordrhein-Westfalen stärken

Familien stehen in Nordrhein-Westfalen vor vielen Herausforderungen. Neben der Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die wir durch eine bessere Kinderbetreuung und mehr Kita-Plätze verbessern werden, spielt auch die Wohnungssuche eine zentrale Rolle. Unser Ziel ist, dass auch Familien mit vielen Kindern in unseren Städten eine bezahlbare Wohnung finden. Deshalb werden wir den sozialen Wohnungsbau stärken und auch darüber hinaus Anreize schaffen, damit mehr Wohnraum entsteht. Und auch Familien, die sich den Traum von den eigenen vier Wänden verwirklichen wollen, werden wir unterstützen, auch weil wir darin eine zentrale Maßnahme der privaten Altersvorsorge sehen. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass Familien zukünftig bei der Grunderwerbssteuer einen Freibetrag von 250.000 Euro pro Person erhalten. Im Bundesrat haben wir eine entsprechende Initiative bereits eingebracht.

Nordrhein-Westfalen wieder zum wirtschaftlichen Motor machen

Wir sorgen für eine neue wirtschaftliche Dynamik im Land. Mit einem ersten Entfesselungspaket haben wir damit begonnen, unnötige Regeln und Vorschriften abzuschaffen und so Bürokratie zu reduzieren. Denn zu viel Bürokratie hat in den vergangenen Jahren Eigeninitiative, Fortschritt und Wirtschaftskraft ausgebremst. Indem wir Bürokratie abbauen, beflügeln wir Investitionen und sorgen so für eine positive wirtschaftliche Entwicklung.

Zu den nächsten Schritten zählen, den Landesentwicklungsplan wachstumsfreundlicher zu gestalten und unse-

ren Kommunen mehr Freiheiten und Entscheidungskompetenzen bei der Flächenausweisung zurückzugeben. Ländlichen Regionen und Ballungsräumen geben wir wieder gleichwertige Entwicklungschancen.

Mehr Sicherheit in Nordrhein-Westfalen

Die Entwicklung der Inneren Sicherheit in Nordrhein-Westfalen hat vielen Menschen Sorge bereitet. Unser Ziel ist, für mehr Sicherheit im Land zu sorgen. Jeder muss sich überall und zu jeder Zeit sicher fühlen können. Deswegen werden wir Polizei und Justiz personell und technisch noch besser aufstellen. Wir werden jährlich 300 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten einstellen. Und durch 500 neue Verwaltungsassistenten in jedem Jahr sollen zusätzlich Kapazitäten für Polizeiarbeit auf der Straße freierwerden.

Herausforderungen als Chancen annehmen

Viele weitere Aufgaben und Herausforderungen liegen vor uns, beispielsweise die weiter voranschreitende Digitalisierung und Globalisierung. Wir nehmen diese Herausforderungen als Chance an und wollen sie zum Wohle unseres Landes und seiner Menschen nutzen.

Die Nordrhein-Westfalen-Koalition aus CDU und FDP gestaltet erfolgreich einen neuen Aufbruch im Westen. Mit Entschlossenheit und Zuversicht packen wir die entscheidenden Zukunftsthemen an und sorgen dafür, dass unser Land wieder ganz vorne mitspielt.

Armin Laschet MdL ist Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

#Dress forSuccess



„Starke Frauen. Starkes Deutschland.“ unter diesem Motto versammelten sich tausend Frauen in Braunschweig und eröffneten den Bundestagswahlkampf für Frauen.

„#DressforSuccess. Frauen für Merkel“ in Anlehnung an die bunten Blazer von Bundeskanzlerin Angela Merkel hatten sich die FU-Frauen in farbige Poloshirts gekleidet. Ob blau, grün, Aubergine, Magenta oder Orange – der Blick in den großen Saal der Stadthalle Braunschweig sorgte für ein einheitliches buntes Bild. Optisch, aber auch mit großem Engagement und viel Beifall unterstützten sie so Angela Merkel im Bundestagswahlkampf.

Mit der Verabschiedung der Braunschweiger Erklärung hat die Frauen Union ihre Forderungen für die nächste Legislaturperiode zusammengestellt. Für Familien sind insbesondere eine flexible und lebensphasenorientierte Zeitpolitik, eine finanzielle Entlastung und Förderung sowie eine gute Infrastruktur wichtig. Frauen wollen nicht nur gleiche Rechte, sondern Gleichstellung in allen Lebensbereichen. Dabei geht es besonders um die gleichberechtigte Teilhabe in Politik und Gesellschaft. Die Frauen Union macht sich stark für den Abbau struktureller Hemmnisse bei der Durchsetzung einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen in Ämtern und Mandaten. Die Stärkung der eigenständigen Alterssicherung von Frauen ist ein weiteres wichtiges Anliegen. Bei der Bedürftigkeitsprüfung im Alter dürfen Kindererziehungszeiten nicht auf die Grundsicherung angerechnet werden. Mit dem Rechtsanspruch auf befristete Teilzeitarbeit will die Frauen Union Frauen mehr Zeitsouveränität im Lebensverlauf ermöglichen und Entgeltlücken beim Lohn und im Alter schließen.

Mit dem Vorsitzenden der CDU in Niedersachsen Bernd Althusmann und tausend Frauen startete der öffent-

liche Teil der Veranstaltung. Die stellvertretende CDU-Vorsitzende, Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen verwies in ihrem Grußwort auf die große Anerkennung und den Respekt den Bundeskanzlerin Angela Merkel im Ausland genießt. Mit dem Zitat „Wenn Du etwas gesagt haben willst, frage einen Mann. Wenn du etwas getan haben willst, frage eine Frau.“ hatte sie die Lacher im Saal auf ihrer Seite.

In ihrem politischen Bericht zog Annette Widmann-Mauz eine positive Bilanz in der Frauen- und Familienpolitik der 18. Legislaturperiode. Sie spannen einen weiten Bogen von der Verbesserung der eigenständigen Alterssicherung von Frauen, u.a. durch die Mütterrente, der Reform des Sexualstrafrechts, dem Entgelttransparenzgesetz bis zum Kampf gegen die Steuerklasse V. Die Frauen Union hat viel für Frauen und Familien erreicht. Das zentrale Anliegen der Gleichberechtigung und Teilhabe bleibt jedoch als große Herausforderung. Fast 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts sei festzustellen, dass die tatsächliche Teilhabe von Frauen an Mandaten und Ämtern in der Breite immer noch deutlich hinter der rechtlichen Gleichstellung zurückbleibe. Die Frauen Union wird weiter dafür kämpfen, dass hier Fortschritte erzielt werden.

Im anschließenden Talk mit der Eurofighter-Pilotin und Finalistin der Initiative „Die Astronautin“ Nicola Baumann, dem Vorstand der ERGO Deutschland AG Silke Lautenschläger und der Präsidentin des Deutschen Landfrauenverbandes Brigitte Scherb kamen die unterschiedlichen Wege und Hindernisse von Frauen an die Spitze zur Sprache. Frauen sind bestens organisiert, man muss sie



aber machen lassen. Manchmal müsse man sie auch schubsen. Brigitte Scherb rief die Frauen zum Mut gegenüber den Männern in der eigenen Partei auf. Die Frauen müssten zueinanderstehen.

Danach folgte der Höhepunkt der Veranstaltung. Die plötzlich einsetzende Musik kündigte die Vorsitzende der CDU Bundeskanzlerin Angela Merkel an. Ein begeistertes Publikum empfing sie. Mit dem Video „#DressforSuccess. Frauen für Merkel!“ und den Frauen in den bunten Polo-shirts gelang der Vorsitzenden der Frauen Union Annette Widmann-Mauz eine besondere Überraschung für Angela Merkel. Diese bemerkte zu Beginn ihrer Rede trocken: „Nichts gegen Herren im feinen Zwirn, aber so viel Bunttheit ist auch schön. Ein toller Anblick.“

In ihrer anschließenden Rede ging es um die Bedeutung der Frauen in unserer Gesellschaft. Nach Einführung der Frauenquote für Aufsichtsräte börsennotierter Unternehmen hätten viele andere Unternehmen in ihren Berichten zur Frauenförderung null Prozent Steigerung angegeben. „Wer das macht, der provoziert, dass wir weitere rechtliche Regelungen machen“, versprach Angela Merkel. Die Quote für Aufsichtsräte sei Ausdruck der Tatsache, dass es auf freiwilligem Wege nicht ging, sagte sie weiter. Auch mit Blick auf die eigene Partei hob sie die Bedeutung von Diversität hervor. Die Volkspartei CDU benötige ausreichend Frauen in Entscheidungspositionen. Selbstkritisch warf Angela Merkel einen Blick auf den Entwicklungsprozess der CDU in Sachen Wahlfreiheit. Frauen würden manchmal anders entscheiden als Männer denken. Damit noch mehr Frauen wirklich zwischen Fami-

lie und Beruf wählen können, forderte Angela Merkel einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung im Grundschulalter. Im Zusammenhang mit der Globalisierung und der Flüchtlingsfrage dankte die Bundeskanzlerin der Frauen Union für die Unterstützung.

Gemeinsam mit der stellv. Vorsitzenden der Frauen Union, Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer MdL, stellte Annette Widmann-Mauz die Unterstützerkampagne #dressforsuccess „Frauen für Merkel“ vor und übergab Angela Merkel ein persönliches Exemplar der Braunschweiger Erklärung.

Mit der Neuwahl des Bundesvorstandes starteten die Delegierten in den zweiten Tag. Die Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands Parlamentarische Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz wurde mit einem überzeugenden Ergebnis von 93,14 Prozent wiedergewählt. Neu eingeführt wurde das Amt der Mitgliederbeauftragten. Jessica Weller aus Rheinland-Pfalz wurde für die nächsten zwei Jahre mit dieser Aufgabe betraut. Die anschließende Antragsberatung bewies einmal mehr, wie engagiert sich die Frauen Union mit Themen unter anderem zur Integration, ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum mit Hausärzten und Hebammen, Erzieherausbildung oder Altersversorgung auseinandersetzt.

Ad



Foto: Mechthild Heil

Mechthild Heil ist neue Bundesvorsitzende der Katholischen Frauengemeinschaft (kfd) – eine zu packende und humorvolle Realistin aus dem Rheinland.

Die Brücke zu Glauben und Kirche

Sie hat jedenfalls keine Chance auf unausgefüllte Zeit oder gar Langeweile: Mechthild Heil aus Andernach sitzt seit 2009 als Abgeordnete im Bundestag, sie ist im CDU-Bundesvorstand und seit sieben Jahren als Verbraucherschutzbeauftragte der Bundestagsfraktion mit höchst unterschiedlichen und teils sehr komplexen Verbrauchertemen befasst. Die Palette reicht von dubiosen homöopathischen Heilmitteln über Datenschutz und Fluggastrechte bis hin zu manipulierten Fahrzeugtachos oder dem Verbot von E-Zigaretten für Jugendliche. In der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) schätzt man das Engagement der überzeugten Katholikin so sehr, dass die Delegierten sie in diesem Sommer zu ihrer Bundesvorsitzenden wählten.

Die kfd ist nach eigenen Aussagen mit einer halben Million Mitgliedern und rund 5300 pfarrlichen Gruppen der größte katholische Verband und der größte Frauenverband Deutschlands, damit also eine durchsetzungsstarke Lobbyorganisation für Frauen, die zum Beispiel häufig bei Anhörungen im Bundestag eingeladen ist. Wie sieht Mechthild Heil ihre Aufgabe im neuen Amt? „Natürlich werden wir die klassischen Themen weiter vorantreiben, etwa das Diakoniat für die Frau, Frauenquote, Lohn-gerechtigkeit und die Vermeidung von Altersarmut von Frauen“, erklärt sie, „denn immer noch orientiert sich die Rentengesetzgebung zu sehr an männlichen Erwerbsbiografien.“ Außerdem will sie sich in die Debatte um ein Rückkehrrecht in Vollzeit einmischen, „davon würde die Wirtschaft am Ende profitieren, und es ärgert mich einfach, dass darüber in den Firmen oft nur Personalpolitik

gemacht wird – mit dem Ergebnis, dass Frauen jahrelang in Teilzeitstellen gefangen sind.“ Heil ist sich sicher, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel dies im Kern ähnlich sieht. Abgesehen von diesen sozial- und wirtschaftspolitischen Themen möchte die 56jährige über die kfd die enorme Bedeutung von zehntausenden kirchlich engagierten Frauen viel stärker in den Vordergrund rücken: „Wir haben eine Krise in der Kirche und oft zu wenig Antworten für Menschen, die sich von der Kirche abwenden“, so Heil, „dagegen müssen wir etwas tun und gerade Frauen zeigen in den Gemeinden, dass man Kirche leben kann; sie bauen die Brücken von der Gesellschaft wieder hin zu Glauben und Kirche.“

Heil ist Architektin und mit einem Mediziner verheiratet. Eigentlich leitet sie mit ihrem Bruder in der fünften Generation das mittelständische Ingenieurbüro der Familie mit 15 Angestellten, aber derzeit gehen Politik und Frauenverband vor. Die kfd sieht sie in den genannten Themen als „voll kampagnenfähig“ und schiebt gleich hinterher: „Ja, ich habe zum Glück ziemlich viel Energie.“ Die brauchte sie auch als Mutter von drei inzwischen erwachsenen Söhnen und natürlich auf der Ochsentour als Frau durch die Lokalpolitik. Dazu kann sie im Gespräch mit rheinischem Zungenschlag gleich Schoten erzählen, über die sie heute nur noch lacht: Nach einer Rede im Stadtrat klopfte ihr einer der älteren Vertreter auf die Schulter: „Sehr schöne Rede, Mäd'sche, aber nächstes Mal etwas mehr Brust raus.“ Naja ... Oder: Mitte der 90er Jahre landete sie zunächst auf Platz 22 der Stadtratsliste, als eine andere Frau Platz zwölf freimachte. „Die Herren dachten

frau & info

jetzt, sie rutschen einfach auf, aber nicht mit mir!“ Heil befand, auf den Platz müsse natürlich wieder eine Frau – und setzte sich durch. Im Bundestag in den Fachausschüssen werde es durchaus mal laut, „zum Beispiel, wenn Herr Kelber von der SPD zu viel Cola getrunken hat, da kann es auch mal ein bisschen lauter werden“, schließlich gehe es um die Sache!

Heils Wahlkreis Ahrweiler gilt als sicherer CDU-Wahlkreis; für die SPD tritt dort übrigens Andrea Nahles an. Mit Durchsetzungskraft, Humor und moderner Haltung dürfte die CDU-Politikerin für die kfd und in der Politik weiterhin viel erreichen. Obwohl stark in der katholischen Kirche verwurzelt, votierte sie bei der namentlichen Abstimmung zur „Ehe für alle“ im Bundestag mit „Ja“. Leicht sei das nicht gewesen, denn natürlich sähe die Katholische Bischofskonferenz das ganz anders. Uns Christen bleibt vorbehalten für uns zu klären, was die kirchliche Ehe oder das Sakrament der Ehe ausmacht. Davon unabhängig klärt dies der Staat für alle seine Bürger. Ein bisschen sei Angela Merkel ihr Vorbild, „vielleicht weil sie auch bei heftigen Angriffen so in sich ruht und ein hohes diplomatisches Geschick hat – beides fehlt mir als Rheinländerin gelegentlich und ich werde es wohl auch nicht mehr lernen“, erzählt Heil und lacht.

Vor kurzem, im Wahlkampf, fühlte sie sich aber doch mal getroffen – jemand hatte ein Plakat mit Hackenkreuzen versehen „vielleicht wegen meines Namens“; auf einem anderen war sie mit einer Burka übermalt: „Das ist wie ausradiert sein als Frau.“ Sowas treffe sie glücklicherweise nur kurz, denn „wenn ich mich lange darüber ärgern würde, dann hätten die Leute ja ihr Ziel erreicht, also lasse ich es.“ Wenn es mal ganz arg wird, dann streichelt sie einen Stoffigel mit weichen Stacheln, „Das ist jetzt sicher sehr persönlich, aber mir hilft es in solchen Situationen, weil ich durch all die Aufgaben, die ich habe, nicht hart und unnahbar werden will, so wie es manchen im politischen Geschäft geht.“

Vera Schalck



Trauer um Heiner Geißler

Die Frauen Union der CDU trauert um Dr. Heiner Geißler. Der ehemalige Generalsekretär der CDU hat in den 80er Jahren in der CDU entschlossen die Weichen für eine moderne Frauenpolitik gestellt. Zum Essener Parteitag lud er 500 Frauen zur Diskussion über die Leitsätze der CDU über eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau ein. „Ich bin davon überzeugt, dass ohne den Sachverstand und die Kreativität der Frauen unsere Gesellschaft die Herausforderungen nicht bestehen kann, die an die moderne und humane Industrienation gestellt werden.“, sagte Heiner Geißler damals zur Begründung des Leitanspruchs. Die Frauen Union wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Die Vorsitzende der Frauen Union der CDU Annette Widmann-Mauz erinnerte an den damaligen Ausspruch eines CDU-Mitglieds: „Die beste Frau, die wir haben, ist Heiner Geißler“.



Karin Maag als Vorsitzende der Gruppe der Frauen bestätigt

Die Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der alle weiblichen Mitglieder der Unionsfraktion angehören, hat Karin Maag, einstimmig erneut zur Vorsitzenden der Gruppe der Frauen gewählt. Ebenfalls einstimmig wurde Daniela Ludwig wieder zur ersten stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Mit 49 kompetenten Mitgliedern wird die Gruppe der Frauen auch in dieser Legislaturperiode die Anliegen von Frauen und Mädchen kraftvoll vorantreiben. Als neue Mitglieder wurden folgende Abgeordnete in der Gruppe begrüßt: Melanie Bernstein, Schleswig-Holstein; Sylvia Breher, Niedersachsen; Astrid Damerow, Schleswig-Holstein; Dr. Astrid Mannes, Hessen; Petra Nicolaisen, Schleswig-Holstein; Prof. Dr. Claudia Schmidtke, Schleswig-Holstein; Katrin Staffler, CSU; Dr. Dietlind Tiemann, Brandenburg; Kerstin Vieregge, Nordrhein-Westfalen und Bettina Wiesmann aus Hessen.

Impressum

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der Frauen Union der CDU Deutschlands · Klingelhöferstraße 8 · 10785 Berlin · Telefon 030 22070-452 · Telefax 030 22070-439 · fu@cdu.de · www.frauenunion.de · **Bundesgeschäftsführerin:** Claudia Hassenbach · **Redaktionsleitung:** Silke Adam · **Verlag:** Union Betriebs-Gesellschaft mbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · Telefon 02226 802-0 · Telefax 02226 802-111 · Telefon Vertrieb 02226 802-213 · Geschäftsführer: Rudolf Ley · **Erscheinungsweise:** 6-mal im Jahr · **Bezugspreis:** Einzelpreis 2,50 Euro · Jahresabonnement: 15,- Euro · **Bankverbindungen:** Sparkasse KölnBonn (IBAN DE20370501980007510183, BIC COLSDE33XXX) · Postbank Köln (IBAN DE67370100500193795504, BIC PBNKDEFFXXX) · **Anzeigenverwaltung:** Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · **Layout, Satz & Druck:** Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · Dieses Produkt wurde auf chlorfreiem Papier gedruckt.



Tag der Frauen Union „im begehbaren Programm der CDU. #fedidwugl Haus“

Tag der Frauen Union

Gut 20 000 Menschen haben es besucht: „Das begehbare Programm der CDU. #fedidwugl Haus“ im Berliner Szenekiez Mitte. Vom 18. August bis zum Wahltag am 24. September 2017 wurde das Haus bespielt. Im Erlebnisraum „Familienpackung“ erlebten Besucherinnen und Besucher, was sich die Union für die Zukunft der Familie in Deutschland vorstellt. An verschiedenen Stationen konnten sie die Themen Baukindergeld, Elternzeit, Kindergeld und flexible Arbeitszeiten entdecken. Mittelpunkt des Hauses war der Erlebnisraum Wirtschaft mit einem großen pochenden „Herz der deutschen Wirtschaft“ aus Samt. Die Roboter Emma und Dave schrieben die Zukunftswünsche der Besucherinnen und Besucher auf. Der Raum „Cyber Hero“ bot vier Spiele, die aufzeigten, wie Deutschland sicher vor Hackern, Cyber-Terroristen, Cyber-Bullies und Produktpiraten zu machen ist. Im Erlebnisraum Europa standen die Werte Europas am Sternenhimmel.

Zu der großen Vielzahl von Veranstaltungen im #fedidwugl Haus gehörte auch der Tag der Frauen Union. Die Vorsitzende der Frauen Union Annette Widmann-Mauz hatte zu einem abwechslungsreichen Programm eingeladen und moderierte den ganzen Tag zum Regierungsprogramm von CDU und CSU mit dem besonderen Fokus auf der Politik für Frauen und Familien.

Lunchpaket: Frauen in der Digitalisierung – Arbeit 4.0

Den Auftakt bildete ein Talk mit Christina Ramb, Abteilungsleiterin Arbeitsmarkt der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), und der Vorsitzen-

den der Frauen Union Parlamentarische Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB zu den Chancen der Digitalisierung für Frauen im Beruf, für Existenzgründungen und für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Neben einer Weiterbildungsoffensive für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die sich qualifizieren und weiterbilden wollen und müssen, ist es ein Anliegen der Wirtschaft, das Arbeitszeitgesetz zu flexibilisieren. Das Thema Zeitpolitik stand im Mittelpunkt der Diskussion. Schon heute ermöglicht die Digitalisierung eine Flexibilisierung von Arbeitsort und Arbeitszeit. In der Lebensverlaufsperspektive könnten Arbeitszeit- und Familienzeitkonten Eltern in der Familien- oder Pflegephase Luft verschaffen, ohne aus dem Beruf aussteigen zu müssen. Annette Widmann-Mauz betonte noch einmal ausdrücklich, wie wichtig der Frauen Union dabei der Rechtsanspruch auf befristete Teilzeit ist. Er sei einfach zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf erforderlich. Zum Abschluss des Gesprächs waren Annette Widmann-Mauz und Christina Ramb sich einig, dass die Potentiale von Frauen im Berufsleben stärker genutzt werden müssen.

Alternativen zur Steuerklasse V

Nach einer Basteleinheit für Kinder mit Knetvulkan und Bastellbogen zur Förderung von Wohneigentum für Familien folgte der Talk mit der Berliner Steuerberaterin Katrin Fischer über einen Wechsel in Lohnsteuerklasse IV mit Faktor als Alternative zur Steuerklasse V. Die Steuerberaterin Katrin Fischer hat die Vorteile des Wechsels aus der Steuerklasse V sehr eindrucksvoll erklärt. Hohe Abzüge der Steu-

frau & info



erklasse V müssen nicht sein. Gerade mit Blick auf die Berechnung von Lohnersatzleistungen wie Arbeitslosengeld oder Elterngeld können Frauen beim Steuerklassenwechsel profitieren. Quintessenz des Talks: Wir brauchen eine bundesweite Kampagne für die Steuerklasse IV mit Faktor! Danach gab es die Gelegenheit für eine individuelle Beratung durch die Steuerberaterin und eine Erläuterung des Steuerklassen-Checks mittels des Lohn- und Einkommensteuerrechners des Bundesministeriums der Finanzen.

Frauen im Einsatz für Frieden

Beim Talk mit Prof. Dr. Maria Böhmer MdB, Staatsministerin im Auswärtigen Amt, und Gisela Manderla MdB, Mitglied im Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages, zu Frauen in Auslandseinsätzen, friedenssichernden und friedensschaffenden Maßnahmen kamen auch ganz aktuelle Probleme zur Sprache. Die Krise um Nordkorea oder die Aufdeckung und Untersuchung sexueller Übergriffe durch Blauhelmsoldaten gehörten dazu. Maria Böhmer forderte wirksame Maßnahmen gegen sexuelle Übergriffe durch Blauhelmsoldaten. Darüber hinaus hob sie die Notwendigkeit einer Vernetzung von Frauen auf internationaler Ebene hervor. Grundsätzlich bräuchten die internationalen Organisationen mehr Frauen. Das Mitglied im Verteidigungsausschuss Gisela Manderla beschrieb eindrücklich die Herausforderungen der Bundeswehr und hob die verbesserten Rahmenbedingungen für Soldatinnen und Soldaten hervor.

Im „begehbaren Programm der CDU“ gab es auch eine Reihe von Kulturveranstaltungen. Dazu gehörten zwei Autorenlesungen von Freya Klier und Ulla Hahn mit ihrer jeweiligen Sicht auf das geteilte Deutschland. Sie haben das Leben in Ost und West literarisch verarbeitet.



Oderberger Straße

Die Oderberger Straße war zu DDR-Zeiten ein Biotop für Künstler und Unangepasste. Auch die Bürgerrechtlerin Freya Klier und ihre Tochter Nadja lebten hier zehn Jahre lang. In diesem Buch begeben sie sich auf Spurensuche in die wechselvolle Geschichte der Straße und ihrer Bewohner – von den Anfängen im 19. Jahrhundert bis in die Zeit nach dem Mauerfall, als plötzlich überall Galerien, Kneipen und Kulturprojekte in die alten Häuser einzogen.

Freya Klier, Nadja Klier: „Die Oderberger Straße“
be.bra Verlag, Berliner Orte, 144 Seiten, Paperback
September 2017, ISBN 978-3-89809-140-4
Buch 12,00 Euro, E-Book 6,99 Euro



Wir werden erwartet

Die Welt steht Hilla Palm offen. Nach langem Suchen hat das Mädchen aus einfachem Hause endlich ihre Heimat gefunden: in der Literatur und Hugo, dem Mann, der Hilla mit all ihren bitteren Erfahrungen annimmt. Zusammen entdecken sie die Liebe und erleben die 68er Jahre, in denen alles möglich scheint. Doch dann durchkreuzt das Schicksal ihre Pläne, und verzweifelt sucht Hilla Halt bei Menschen, die für eine friedvollere, gerechtere Welt kämpfen. Die marxistische Weltanschauung wird ihr zum neuen Zuhause. Beherzt folgt sie ihren Überzeugungen und muss am Ende doch schmerzlich erkennen, dass Freiheit ohne die Freiheit des Wortes nicht möglich ist.

„Wir werden erwartet“ erzählt mitreißend die Geschichte einer suchenden jungen Frau in den turbulenten Jahren zwischen 1968 und dem Deutschen Herbst. Ein nachdenklich stimmendes Buch über den Mut, die Gesellschaft und sein Leben zu verändern – ein Buch über die Kraft der Versöhnung.

Ulla Hahn: „Wir werden erwartet“
Verlag: DVA, 640 Seiten, ISBN 978-3-421-04782-3
Buch 28,00 Euro

FU!

